

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Nurhayat Bakir
Ausschussvorsitzender Uwe Reese
Stellv. Ausschussvorsitzende Gabriele Schröder

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Heidi Bosse
Ausschussmitglied Martin Ehlers

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Beigeordneter Martin Burkhardt (bis 16:15 Uhr)
Ausschussmitglied Miguel Schaar/Br. Franziskus

Mitglied Fraktion WIN@WBV

Ausschussmitglied Dr. Angela Kirstges

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Ausschussmitglied Frank Uwe Walpurgis

Behindertenvertretung

beratendes Mitglied Sabine Gastmann

Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV

beratendes Mitglied Hilke Schwarting-Boer
beratendes Mitglied Doris Tjarks

Seniorenvertretung

beratendes Mitglied Günter Hinrichs

Dezernent

Erster Stadtrat Armin Schönfelder (bis 15:45 Uhr)

Fachbereichsleiter

Fachbereichsleitung 50 Michael Koch

von der Verwaltung

Gleichstellungsbeauftragte Nicole Biela
Fachbereich 50 Jörg Harms

Protokollführerin

Protokollführerin Stefanie Kallendrusch

Es fehlte entschuldigt

Grundmandat Michael Kiesewetter
Grundmandat Torsten Kastrioti

als Gast

Ursula Aljets (ehem. Ausschussvorsitzende/Ratsfrau)
Anke Hieronymus (CSD Wilhelmshaven/QUERRströmung)
Evelyn Klibert (stell. Vorsitzende Seniorenbeirat)
Nicol Mahnken (FUTTERBOX - die Tafel für Haustiere e.V.)
Kurt Osterloh (FUTTERBOX - die Tafel für Haustiere e.V.)
Lukas Pruin (JadeBay GmbH Entwicklungsgesellschaft)
Pastorin Anke Stalling (Kirchengemeinde Bant)
Christiane Stückemann (Mehrgenerationenhaus)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration vom 24.02.2022
- 4 Jadebay Vorstellung "Küstendoktor"
- 5 Vorstellung Mehrgenerationenhaus
- 6 Situation Flüchtlinge Ukraine
- 7 Sozialfonds
- 7.1 Futterbox
- 7.2 Queerströmung Christopher Street Day
- 7.3 Mittelabfluss 2017 - 2021
- 8 Mitteilungen und Anfragen

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Reese, eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden. Er stellte die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Reese bat darum, den TOP 5 vorzuziehen und vor dem TOP 4 zu behandeln. Mit dieser Änderung wurde die Tagesordnung festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration vom 24.02.2022

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration vom 24.02.2022, Nr. 2/2022, wurde mit einer Enthaltung wegen Abwesenheit einstimmig genehmigt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

4 Jadebay Vorstellung "Küstendoktor"

Herr Pruin gab zunächst anhand einer Power-Point-Präsentation (s. *Anlage*) einen Überblick darüber, in welchen Aufgabengebieten die JadeBay Entwicklungsgesellschaft tätig ist und welche Projekte momentan im Bereich Gesundheit betrieben werden.

Bei der Kampagne „Küstendoktor“ ging es aufgrund des Weggangs eines Kinderarztes um die Wiederbesetzung dieser Stelle für die Kinder- und Jugendärztliche Versorgung in der Stadt Wilhelmshaven. Er stellte im Detail vor, mit welchen Mitteln man versucht habe, diese Stelle neu zu besetzen. So wurden z. B. eine eigene Internetseite sowie Social Media Auftritte entwickelt und Anzeigen in Fachzeitschriften geschaltet.

Durch den verstärkten Einsatz der neuen Medien wollte man bevorzugt junge Ärztinnen und Ärzte ansprechen.

Aufgrund der kurzen Laufzeit der Kampagne von nur zwei Monaten konnte noch kein positives Ergebnis erzielt werden. Die Internetseite soll daher als Plattform für die Gewinnung von Medizinerinnen und Medizinern für die Küstenregion in Zusammenarbeit mit der Gesundheitsregion Jade Weser weiter betrieben werden.

Herr Walpurgis fragte, ob man sagen könne, weshalb Interessenten letztlich keine Bewerbung abgegeben hätten. Herr Pruin antwortete, ihm bekannte Gründe seien überwiegend Standortfaktoren wie kulturelles Angebot oder Weiterbildungs-

möglichkeiten gewesen. Auch war der Zeitpunkt über den Jahreswechsel ungünstig gelegen.

Herr Burkhardt wollte wissen, ob man auch mit den medizinischen Fakultäten in Kontakt getreten sei und ob nun aufgrund der fehlenden zeitnahen Nachbesetzung die Gefahr bestünde, dass der Kinderarztsitz verloren ginge. Herr Pruin sagte dazu, dass man seitens der Fakultäten die Auskunft erhalten habe, dass die zentrale Anlaufstelle der Kassenärztlichen Vereinigung genutzt werden solle.

Frau Dr. Kirstges sagte, dass im vorliegenden Fall der vakante Kinderarztsitz bereits zusätzlich zum offiziellen Kontingent zähle und somit eine Überversorgung darstelle. Werden solche Sitze nicht nachbesetzt, verfallen sie.

Frau Bakir fragte, ob auch der Versuch unternommen wurde, Ärzte oder Ärztinnen aus dem Ausland zu gewinnen. Dazu antwortete Herr Pruin, dass man sich zunächst auf Deutschland beschränkt hätte, dies in der Zukunft jedoch durchaus sinnvoll sei.

Zur Frage von Frau Dr. Kirstges zum Projekt „Land erleben“ sagte Herr Pruin, dass hier interessierte Praxen und Studierende für Fortbildungen oder Praktika zusammengebracht werden.

Herr Schönfelder merkte an, dass die Personalgewinnung auch im öffentlichen Gesundheitsdienst ein dringendes Thema sei. Bislang sei es noch nicht gelungen, für die ausscheidende Ärztin im Gesundheitsamt die Nachfolge zu regeln, die für die Aufgabenerfüllung wie z.B. Schuleingangsuntersuchungen und Unterstützung der Frühförderstellen erforderlich sei. Auch hier seien weitere Bemühungen notwendig.

Zur Frage von Herrn Schaar/Br. Franziskus nach weiteren Unterstützungsmöglichkeiten und Ideen sagte Herr Pruin, dass eine dauerhafte Kampagne mit einer entsprechenden Internetpräsenz notwendig sei. Er fände auch ein gemeinsames regionales Stellenportal für den gesamten medizinischen Bereich mit einer engen Vernetzung der Anbieter und Behörden sinnvoll.

Frau Dr. Kirstges sagte noch, dass sich das Problem der schwierigen Nachbesetzung in allen Bereichen und Regionen zeige. Sie sehe die Ursache in der fehlenden Ausbildung und der langen Ausbildungsdauer von bis zu 12 Jahren. Da der Frauenanteil unter den Studierenden 75 % beträgt, müssten neue Wege gefunden werden, um die Arbeitsplätze auch hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie attraktiver zu machen.

Frau Bakir nannte noch den hohen Numerus Clausus für ein Medizinstudium als Hürde. Dazu erwiderte Frau Dr. Kirstges, dass eine Absenkung jedoch nicht die Anzahl der Studierenden erhöhen würde, hier sei eine Erhöhung der Studienplätze notwendig.

Bezogen auf das Auswahlverfahren zur Nachbesetzung der freien Stelle in der Pädiatrie sagte Frau Gastmann, dass man bei der Auswahl nicht eine bestimmte Altersgrenze festlegen solle, da die Region vielleicht gerade für die etwas älteren Fachärzte- und Ärztinnen attraktiver sei als für Jüngere.

Aus dem heilpädagogischen Bereich berichtete sie, dass auch hier ein akuter Personalmangel herrsche, der durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie noch verstärkt wurde. Es sei dringend notwendig, die Bezahlung zu verbessern und die Wertschätzung der medizinischen Berufe zu stärken.

Herr Ehlers sagte noch, dass bereits im Koalitionsvertrag 2017 eine Erhöhung der Studienplätze an der European Medical School Oldenburg-Groningen um 100 Plätze vorgesehen war. Diese Umsetzung wäre für die Region sehr wichtig, angesichts der Kosten von 100.000 € pro Studienplatz jedoch bei der derzeitigen Finanzsituation des Bundes eine Abwägungsfrage. Er merkte zudem an, dass die Anzahl der Ärzte in den letzten Jahren nicht abgenommen habe, diese jedoch ein geringeres Stundenkontingent abdecken.

5 Vorstellung Mehrgenerationenhaus

Frau Stückemann, Projektmanagerin des Mehrgenerationenhauses, stellte die Einrichtung anhand einer Power-Point-Präsentation (s. *Anlage*) vor.

Sie ging zunächst auf die Entstehung und die Finanzierung ein. Im Jahre 2008 ist das Mehrgenerationenhaus aus einem Projekt aus einem Förderprogramm aus ESF-Mitteln entstanden. Die momentane Förderung aus Mitteln aus dem „Gesamtdeutschen Fördersystem für strukturschwache Regionen“ ist bis zum Jahre 2028 gesichert. Seit dem Jahre 2012 beteiligen sich die Stadt Wilhelmshaven sowie das Land mit jeweils 5.000 € an der Finanzierung.

Die Angebote konzentrieren sich auf die Handlungsfelder „selbstbestimmtes Leben im Alter“ und „Integration von Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte“ und ergänzen somit das Angebot der vier Familienzentren.

Frau Bakir fragte, ob auch eine Kooperation mit den Moscheen und anderen Religionen bestehe. Frau Pastorin Stalling sagte dazu, dass die Angebote unabhängig von einer Religionszugehörigkeit genutzt werden können und bereits jetzt eine hohe Integration aller Religionen bestünde. An der Hafenschule werde zudem eine gemeinsame Einschulungsveranstaltung mit der Moschee organisiert.

Zu dem Projekt „Kinder-Demenz-Tiere“ stellte Herr Walpurgis die Frage, ob eine Kooperation mit dem Tierheim angedacht sei. Dazu antwortete Frau Stückemann, dass für dieses Angebot speziell ausgebildete Therapiehunde eingesetzt werden. Andere Angebote beziehen sich auf Menschen gemeinsam mit ihren eigenen Hunden.

Herr Schaar/Br. Franziskus sprach seinen Dank für die geleistete Arbeit aus. Trotz geringer Finanzmittel und des Aufwandes jährlicher Förderanträge werde eine Vielzahl von Ideen umgesetzt.

Frau Pastorin Stalling sagte noch, dass andere Institutionen und Organisationen gerne beim Mehrgenerationenhaus anfragen dürften. Man sei bemüht, mit allen ins Gespräch zu kommen.

Auf die Frage von Frau Schröder, ob die Kapazitäten ausreichend seien, sagte Frau Pastorin Stalling, dass die erwähnten Engpässe coronabedingt seien. Aufgrund der Auflagen sind die Teilnehmerzahlen begrenzt und eine vorherige Anmeldung ist erforderlich. Grundsätzlich sind alle Kurse gut besucht.

Zur Nachfrage von Frau Bakir, ob die finanzielle Unterstützung der Stadt Wilhelmshaven ausreichend sei, sagte Frau Stückemann, dass natürlich jede finanzielle Zuwendung erwünscht sei und auch jederzeit sinnvoll eingesetzt werden könne.

6 Situation Flüchtlinge Ukraine

Herr Koch berichtete über die aktuelle Situation der Flüchtlinge aus der Ukraine und den damit verbundenen Auswirkungen auf den Fachbereich Soziales.

Mit Beschluss des Rates der Europäischen Union vom 04.03.2022 können Flüchtlinge aus der Ukraine gem. § 24 Aufenthaltsgesetz einen Aufenthaltstitel beim zuständigen Ausländeramt erhalten und erlangen damit auch den Zugang zu den Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Die bislang in Wilhelmshaven befindlichen Flüchtlinge sind alle aufgrund privater Initiativen gekommen und entsprechend auch in privaten Unterkünften untergebracht. Offiziell wurden der Stadt noch keine Flüchtlinge zugewiesen.

Als erstes erfolgt die Registrierung in der Ausländerbehörde, wo auch gleichzeitig ein Antrag auf Asylbewerberleistungen ausgehändigt wird.

Momentan befinden sich bereits 170 Personen, verteilt auf 63 Bedarfsgemeinschaften, im Leistungsbezug. Die Auszahlung des Bedarfes erfolgt noch in der Regel als Barzahlung. Die Einrichtung eines Kontos werde jedoch empfohlen.

Die Stadt befindet sich im Austausch mit den Wohnungsbaugesellschaften, um langfristig Wohnraum für die Flüchtlinge zur Verfügung stellen zu können. Auch die Mitarbeiter/-innen der Mobilen Gemeinwesenarbeit der Diakonie sind hier unterstützend tätig.

Frau Gastmann berichtete von einem Besuch in einer geflüchteten Familie mit Kindern mit Behinderungen. Zudem wurden auch Kinder mitgebracht, die nicht direkt zur Familie gehören. Sie fragte, ob eine Einbeziehung der freien Wohlfahrtsverbände, der Kirchen, der Diakonie usw. im Rahmen eines Runden Tisches geplant sei, um die unterschiedlichen Bedarfe wie z.B. medikamentöse Versorgung, Wohnungsausstattung und Kinderbetreuung professionell zu organisieren.

Herr Koch sagte dazu, dass momentan noch gar nicht alle Problemlagen bekannt seien. Für die Betreuung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge sei das Jugendamt zuständig, das eventuell vorhandene Vollmachten prüfe und weitere Schritte entsprechend des Sozialleistungssystems kläre und einleite.

Die Einbindung anderer Institutionen und freiwilliger Organisationen finde derzeit über den Flüchtlingsstab statt.

Herr Schaar/Br. Franziskus fragte, ob es nicht möglich sei, den Zugang zur

ärztlichen Versorgung unabhängig von der Registrierung und der Ausstellung eines Krankenscheines über die Asylbewerberleistungen zu regeln. Auch kritisierte er, dass die ärztliche Versorgung derzeit nur über die Notaufnahme des Klinikums möglich sei. Ihm sei bekannt, dass dies bereits zu Problemen der Nichtversorgung durch Abweisung geführt habe.

Herr Koch antwortete, dass eine Aufnahme in der gesetzlichen Krankenversicherung nicht möglich sei. Ein Krankenschein könne technisch erst ausgestellt werden, wenn die Registrierung und Eingabe ins System abgeschlossen sei. In Notfällen können einzelne Anträge bevorzugt bearbeitet werden.

Frau Dr. Kirstges sagte, dass der Aufsichtsrat des Klinikums beschlossen habe, dass alle hilfeschuchenden Flüchtlinge aus der Ukraine in der Notaufnahme versorgt und wenn notwendig durch hauseigene Dolmetscher betreut werden.

In einer Notfallsituation sei es immer möglich, über einen Notfallschein ärztlich versorgt zu werden.

Herr Walpurgis sagte, dass es für die Integration der Kinder in den Kindertagesstätten und Schulen wichtig sei, dass diese die deutsche Sprache lernen und entsprechende Angebote geschaffen werden.

Herr Schaar/Br. Franziskus wollte wissen, wie die geplante Sammelunterkunft in der Peterstraße mit WLAN ausgestattet sei, da das Homeschooling in der Ukraine sehr verbreitet sei und viele Lehrkräfte Unterrichtsmaterialien online stellen.

Dazu antwortete Herr Koch, dass für die Unterkunft 2 Internetrouter geplant seien und 100 Telefonkarten bereitgestellt werden, damit der Kontakt zu Familienangehörigen in der Ukraine hergestellt werden könne.

Herr Schaar/Br. Franziskus fragte zudem, ob der Berechtigungsschein für die Wohnungserstausstattung vor der Registrierung im Ausländeramt und dem Leistungsbezug über das Sozialamt ausgestellt werden könne. Dazu sagte Herr Koch, dass die Berechtigungsscheine in der Regel im Zusammenhang mit dem Anmieten einer Wohnung ausgestellt werden. Das Möbellager der Diakonie ist dank zahlreicher Spenden gut ausgestattet. So sei man auch hier bemüht, auf Notfälle zu reagieren.

Frau Bakir fragte nach der personellen Ausstattung im Ausländeramt sowie Sozialamt und ob dort auch Frauen tätig seien, da auch die überwiegende Zahl der Flüchtlinge weiblich sei.

Der genaue Personalstand im Ausländeramt ist Herrn Koch nicht bekannt, hier arbeiten Frauen und Männer. Im Sozialamt stehen ihm zurzeit drei Teilzeitkräfte für die Aufgabenerledigung zur Verfügung, eine personelle Verstärkung sei in Planung.

Herr Schaar/Br. Franziskus begrüßte, dass die Stadt die Einrichtung von Kinderbetreuungsgruppen in den Familienzentren plane, da die Kindergärten keine entsprechenden Kapazitäten hätten. Auch die Abfrage der Berufe bei der Registrierung sei positiv. Dadurch könne man speziell auf Menschen mit einer pädagogischen Ausbildung zugehen, um hier muttersprachliche Unterstützung zu organisieren.

Er fragte, ob die Gleichstellungsbeauftragte und der VKP hinsichtlich der

Gewaltprävention und dem Schutz der Frauen im Aufnahmeverfahren involviert sei. Die Gleichstellungsbeauftragte Frau Biela sagte, dass sie dem Ausländeramt ein Merkblatt mit Informationen zur Verfügung gestellt habe, welches auch veröffentlicht wurde.

Auf Nachfrage von Frau Bakir zur Anzahl der in Wilhelmshaven angekommenen Flüchtlinge ergänzte Herr Koch, dass eine genaue Zahl nicht bekannt sei, da sich noch nicht alle Flüchtlinge über das Ausländeramt registriert hätten. Auch würden nicht alle registrierten Flüchtlinge einen Antrag auf Sozialleistungen stellen.

Zur Frage von Herrn Ehlers zum Anteil der Kinder sagte er, dass von den 170 Leistungsberechtigten ca. 90 Kinder seien. Herr Ehlers sagte, dass es hinsichtlich der Integration dieser Kinder in die Systeme von Kindergarten und Schule sowie ärztlicher Versorgung gut sei, die beruflichen Qualifikationen der Mütter abzufragen. Durch die unbürokratische Anerkennung der beruflichen Abschlüsse müsste es ermöglicht werden, diese Frauen für die muttersprachliche Betreuung der Kinder zu gewinnen.

Herr Koch sagte dazu, dass im Sozialamt lediglich die Berufe erfasst werden und die Daten an den Flüchtlingsstab weitergeleitet werden. Für die Anerkennung der Berufsabschlüsse verwies er auf die Agentur für Arbeit. Ihn sei auch bekannt, dass bereits Arbeitsverträge abgeschlossen wurden.

7 Sozialfonds

7.1 Futterbox

Zu Beginn verwies Herr Harms auf die mit der Einladung versandten Antragsunterlagen. Er teilte mit, dass der Antrag alle Prüfkriterien der Zuschussrichtlinien erfülle.

Anschließend stellte Frau Mahnken anhand einer Power-Point-Präsentation (s. *Anlage*) den Verein FUTTERBOX – die Tafel für Haustiere e.V. vor.

Durch die Unterstützung soll es bedürftigen Menschen ermöglicht werden, auch in schwierigen Lebenssituationen ihre Tiere nicht abgeben zu müssen. Für die Finanzierung der Futterausgaben und der Beteiligung an den Tierarztkosten wird ein Zuschuss aus dem Sozialfonds i.H.v. 5000 € beantragt.

Herr Walpurgis fragte, ob auch Geflüchtete aus der Ukraine mit ihren Tieren von der FUTTERBOX unterstützt werden. Frau Mahnken bejahte dies und sagte, dass auch schon über Facebook dazu informiert werde. Herr Osterloh ergänzte, dass bereits Futterspenden an die rumänische Grenze zur Ukraine gelangt seien, um dort vor Ort die Tiere zu versorgen.

Einen weiteren Kundenzuwachs erwarte er durch die Schließung der Tiertafel von Frau Meyerhoff zum 31.03.2022.

Herr Schaar/Br. Franziskus fragte, ob eine Zusammenarbeit mit dem Tierheim und dem Tierschutzverein bestehe. Herr Osterloh sagte, dass die Zielrichtung und Aufgabenerfüllung der genannten Organisationen eine andere sei. Die Futterbox

orientiere sich an der Hilfe für die Menschen.

Frau Bakir stellte die Frage nach der Anzahl der Vereinsmitglieder, der Kundenzahl und der Höhe der anfallenden Tierarztkosten. Frau Mahnken verwies bezüglich der Kosten auf den Kosten- und Finanzierungsplan als Teil des Antrages. Die Tierarztkosten betragen demnach ca. 3000 €. Zum Verein gehören ca. 35 Mitglieder. Es werden ca. 550 Tiere unterstützt, pro Ausgabe kommen ca. 15 Tiere dazu. Herr Osterloh ergänzte, dass zur 14-tägigen Ausgabe ca. 50-70 Kunden kommen, um die Futterspenden in Empfang zu nehmen. Zusätzlich dazu werden auch einige Kunden von Frau Mahnken direkt beliefert. Alle Mitarbeitenden sind ehrenamtlich ohne Entgelt beschäftigt, viele Kosten wie z.B. Benzinkosten werden zudem privat erbracht.

Hinsichtlich der Erfüllung der Zuschussrichtlinien sagte Herr Schaar/Br. Franziskus, dass es sich hierbei um kein Einzelprojekt handle, sondern das mit dem Zuschuss die Grundfinanzierung des Vereins gefördert werden würde. Dadurch könnte dann jährlich ein Antrag zum selben Projekt gestellt werden.

Herr Harms erwiderte, dass in den letzten beiden Jahren der Antrag unter denselben Voraussetzungen als genehmigungsfähig angesehen und vom Ausschuss bewilligt wurde.

Herr Osterloh schließt eine jährliche Antragstellung nicht aus, da seitens der FUTTERBOX eine dauerhafte Unterstützung angestrebt und als notwendig angesehen werde.

Herr Schaar/Br. Franziskus zweifelt weiterhin die Erfüllung der Zuschusskriterien hinsichtlich des Vorliegens eines Projektes an. Da die Arbeit des Vereins unterstützenswert sei, müsste evtl. nach einer anderen Fördermöglichkeit gesucht werden.

Frau Dr. Kirstges sprach sich dafür aus, den Antrag zu befürworten und dann eine langfristige anderweitige Förderung zu prüfen.

Lt. Herrn Ehlers habe der Begriff des Projektes eine breite Auslegungsmöglichkeit.

Herr Koch sagte abschließend, dass eine Diskussion darüber notwendig sei, wie man grundsätzlich mit der Beantragung von Folgemaßnahmen zu bereits bewilligten Projekten umgehen möchte und wie der Begriff des Projektes definiert werden solle.

- Der Ausschuss stimmte einstimmig für die Genehmigung des Antrages. -

7.2 Queerströmung Christopher Street Day

Frau Hieronymus stellte das Projekt Christopher Street Day (CSD) Wilhelmshaven vor (*Unterlagen s. Anlage*).

Es handelt sich um eine Initiative der QUEERströmung, die bereits im vergangenen Jahr einen sehr erfolgreichen CSD in Wilhelmshaven mit über 700 Teilnehmenden veranstaltet hat und nun am 28.05.2022 den 2. CSD ausrichten möchte. Das Ziel des CSD sei es, Behörden, Institutionen und Unternehmen für queere Belange zu interessieren, darüber zu beraten und zu informieren sowie in der Öffentlichkeit sichtbar zu sein.

Der CSD Wilhelmshaven ist dem CSD Deutschland e.V. beigetreten, um von den Erfahrungen anderer zu profitieren. Für die Teilnahme an dem Frühjahrs-Treffen des CSD Deutschland und der Finanzierung eines/einer Gebärdensprachdolmetschers/-in wird ein Zuschuss i.H.v. 750,00 € aus dem Sozialfonds beantragt.

Herr Schaar/Br. Franziskus sieht die Ausrichtung des CSD als Bereicherung für die Stadt Wilhelmshaven und das Umland. Da eine Vielzahl der Selbstmorde unter Jugendlichen aus diesem Themenkreis komme, sei es wichtig, hier ein positives Bild zu vermitteln. Er dankte daher dem Projekt und dem Oberbürgermeister Herrn Feist für die Übernahme der Schirmherrschaft.

Auf Nachfrage von Herrn Ehlers bestätigte Herr Harms, dass das bereits stattgefundenen Frühjahrestreffen der Vorbereitung des CSD diene und die zwei Bestandteile des Antrages als ein Projekt gewertet werden. Die Prüfkriterien der Zuschussrichtlinien seien erfüllt.

- Der Ausschuss stimmte einstimmig für die Genehmigung des Antrages.-

7.3 Mittelabfluss 2017 - 2021

Herr Harms präsentierte die nach Rücksprache mit der Kämmerei überarbeitete und aktualisierte Übersicht über den Mittelabfluss aus dem Sozialfonds für die Jahre 2017-2021 (s. *Anlage*).

Aus dem Jahr 2021 wurden gem. Ratsbeschluss keine Mittel in das Jahr 2022 übertragen, sodass für dieses Jahr 50.000 € zur Verfügung stehen.

Er informierte, dass ihm noch vier weitere Anträge vorliegen. Bei positiver Entscheidung wären dann bereits ca. 50 % des Ansatzes verbraucht. Dies bezeichnete er als eine positive Entwicklung des Sozialfonds.

8 Mitteilungen und Anfragen

- Keine -

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 17:40 Uhr